

10. Mai 2023

Erklärung von Ina Latendorf und Dietmar Bartsch

Bundeswirtschaftsminister Habeck missachtet Parlament und Bürger

„Offenbar ist die Entscheidung für die LNG-Terminals auf Rügen vom Bund bereits in der letzten Woche getroffen worden. Trotz Nachfrage hierzu im Petitionsausschuss am Montag hat der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz dies nicht offengelegt. Ich halte das für einen Skandal und eine Missachtung des Parlamentes, da den Abgeordneten hier bewusst eine falsche Auskunft erteilt wurde“, erklärt Ina Latendorf, Sprecherin für Landwirtschaft, Ländliche Räume und Tierschutz der Fraktion DIE LINKE. Ina Latendorf weiter:

„Am Montag hatte der Petitionsausschuss noch in öffentlicher Sitzung über eine Petition für den Verzicht der Aufnahme des vor der Küste Rügens geplanten Flüssiggas-Terminals in das LNG-Beschleunigungsgesetz beraten. Die Regierung hat viele Fragen nicht beantwortet: zur Kapazität, zur zukünftigen Nutzung, zur Umweltverträglichkeit, zu Auswirkungen auf den Tourismus. Eine Beteiligung auf kommunaler Ebene muss möglich sein! Das Durchdrücken der Entscheidung ist eine Missachtung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Kommunen vor Ort.“

Dietmar Bartsch, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE ergänzt: „Die plötzliche Entscheidung für die LNG-Terminals auf Rügen in meinem Wahlkreis ist Zeugnis einer arroganten Politik über die Köpfe der Menschen hinweg. Die Bundesregierung spielt nicht mit offenen Karten und stellt die Menschen auf Rügen vor vollendete Tatsachen. Es gibt keinen Nachweis für den Bedarf, zudem starke Auswirkungen auf Umwelt und Tourismus. Die zukünftige Nutzbarkeit ist nicht geklärt. All diese Bedenken werden einfach vom Tisch gewischt.“